

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer,
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Renate Dodell u.a. CSU
Drs. 15/9689

Mittagessen für alle Kinder mit erhöhtem Hilfebedarf sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Bayerische Landtag stellt fest:

Kein Kind soll aus sozialen Gründen vom Mittagessen ausgeschlossen sein. Die Teilnahme am Mittagessen gehört zum Bedarf eines jeden Kindes. Daher ist der Bund massiv gefordert, die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen altersgemäß und kinderspezifisch bei der Bemessung der sozialhilferechtlichen Regelleistungen bzw. Regelsätze unter Einbeziehung des Bedarfes für ein Mittagessen festzusetzen. Die Untätigkeit des Bundes darf aber nicht zu Lasten der hilfsbedürftigen Kinder und Jugendlichen in Bayern gehen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert:

- ihre intensiven Bemühungen fortzusetzen, dass der Bund durch die Schaffung einer eigenständigen Regelleistung für Kinder und Jugendliche entsprechend der Entschließung des Bundesrates (BR-Drs. 329/08) vom 23.05.2008 sowie ggf. der Schaffung eines neuen Mehrbedarfstatbestandes Mittagessen Eltern finanziell in die Lage versetzt, ihren Kindern die Teilnahme am Mittagessen in offenen und gebundenen Ganztagsangeboten an Schulen zu ermöglichen.
- allen Versuchen des Bundes entschieden entgegenzutreten, in Bildungsgipfeln in Politikfeldern außerhalb seiner Kompetenzen zu agieren anstatt seinen Verpflichtungen nachzukommen.
- ggf. eine landesrechtliche Auffangregelung zu schaffen, die unbürokratisch bedürftigen Kindern

eine Teilnahme am Mittagessen in offenen und gebundenen Ganztagsangeboten sowie verlängerter Mittagsbetreuung unter Einbeziehung der Kommunen und bestehender Strukturen ermöglicht, falls der Bund sich seiner Verantwortung nicht rechtzeitig stellt.

Berichterstatter: **Joachim Unterländer**
Mitberichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 26. Juni 2008 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
in der in I. enthaltenen Fassung **Zustimmung** empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 213. Sitzung am 8. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **zugestimmt**.
4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 9. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
B90 GRÜ: Ablehnung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **zugestimmt**.

5. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - B90 GRÜ: Ablehnung
- der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Joachim Wahnschaffe
Vorsitzender